



**Ulla Jelpke**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 71 252

📠 (030) 227 – 76 751

✉ [ulla.jelpke@bundestag.de](mailto:ulla.jelpke@bundestag.de)

# Pressemitteilung

---

## **Die Linke. bringt Gesetzentwurf für Bleiberecht ein**

Die Fraktion Die Linke. im Bundestag hat heute einen Gesetzentwurf für eine Bleiberechtsregelung in den Bundestag eingebracht (BT-Drs. 16/369). Von der Fraktion Bündnis`90/DIE GRÜNEN liegt ein Gesetzentwurf für eine einmalige stichtagsgebundene „Altfallregelung“ vor. Gleichzeitig haben viele engagierte Bürgerinnen und Bürger in einer e-mail die Abgeordneten aufgefordert, diesen Vorschlag zu unterstützen. Hierzu erklärt Ulla Jelpke, die innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke. im Bundestag:

Trotz gegenteiliger Behauptungen bei der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes fallen immer noch viele Flüchtlinge durch die weiten Maschen des Flüchtlings-schutzes in Deutschland. Das Problem der so genannten Kettenduldungen ist nicht gelöst worden, im Gegenteil. Über 120.000 leben schon über zehn Jahre in der Bundesrepublik (BT-Drs. 16/307). Das Aufenthaltsgesetz ermöglicht zwar die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen. Aber die Wirklichkeit zeigt, dass die Ausländerbehörden diese Regelung sehr restriktiv handhaben. Dies führt zu genannten „Kettenduldungen“. Die Betroffenen sind auf Sozialhilfe verwiesen. Eine Arbeitserlaubnis erhalten sie nur sehr selten. Und wenn, bleibt ihnen der Zugang zum Arbeitsmarkt oft versperrt, denn hier gilt: Arbeit zuerst für Deutsche! In einer ähnlichen Lage befinden sich Asylbewerber und –bewerberinnen, die zum Teil länger als zehn Jahre auf die Entscheidung über ihren Antrag warten müssen. Diese Menschen brauchen eine Perspektive. Deshalb fordern wir mit unserem Gesetzentwurf die bedingungslose Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach fünfjährigem Aufenthalt, verbunden mit einer Arbeitserlaubnis. Für folgende Gruppen soll es schon nach dreijährigem Aufenthalt einen Anspruch auf Erteilung der Aufenthaltserlaubnis geben: Kinder, Erziehungsberechtigte mit Kindern, Menschen die durch Gewalterfahrungen in ihren Herkunftsländern traumatisiert sind oder die hier Opfer rassistischer Gewalt geworden sind. Eine einmalige stichtagsbezogene „Altfallregelung“, wie sie die Grünen vorschlagen, geht uns nicht weit genug.

Die Fraktion Die Linke. unterstützt das Aktionsprogramm von Flüchtlingsinitiativen und anderen Gruppen am 19.01. unter dem Motto „Hier geblieben!“ und ihre Forderung für ein abschiebefreies Jahr 2006.